

Situation in Gemeinschaftsunterkünften im Land Berlin.

Sehr geehrter Herr Müller,

sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Berliner Bezirke,

sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

mit großer Freude haben wir in den letzten Tagen den offenen Brief der bezirklichen Integrationsbeauftragten an den Senat bzw. an die Senatorinnen Scheeres, Breitenbach und Senator Kollatz gelesen. Die dort angesprochenen Probleme sind auch von unserer Seite zum Teil seit Jahren regelmässig thematisiert worden und haben in Corona-Zeiten eine besondere Dringlichkeit. Wir unterstützen deshalb die Forderungen aus dem offenen Brief auf ganzer Linie.

Wir möchten in diesem Zusammenhang jedoch gerne darauf hinweisen, dass die Verpflichtung die Situation zu verbessern alle Ebenen der Berliner Verwaltung betrifft. Nicht nur der Senat, sondern auch die Bezirke selbst sind dabei in der Pflicht.

Insgesamt sind in Berlin rd. 40.000 Menschen wohnungslos. Rund die Hälfte dieser Menschen sind in Unterkünften des LAF untergebracht, davon auch viele in eigentlicher Zuständigkeit der Bezirke.

Die andere Hälfte der Menschen sind durch die Wohnhilfen der Bezirke in Heimen, Hostels oder Wohnungen untergebracht. Die Qualität dieser Unterkünfte ist extrem unterschiedlich, es gibt Unterkünfte, in denen der Aufenthalt schon in normalen Zeiten gesundheitsgefährdend ist, in Zeiten von Corona jedoch unzumutbar.

Grundlegende Beratungsangebote

Es gibt so gut wie keine Sozialarbeit in Unterkünften, die von den Bezirken belegt werden. Daher ist es den Betreibern/Vermietern selbst überlassen, ob und wie sie die Bewohnerinnen und Bewohner über Corona informieren.

Gleiches gilt für die grundlegenden Informationen über Leistungsänderungen, aufenthaltsrechtliche Umstände und die Vermittlung von Beratungsleistungen. Hier ist es dringend erforderlich, dass auch seitens des Landes und der Bezirke eine grundlegende Informationsversorgung der untergebrachten Menschen gewährleistet ist.

Wlan

Eine Versorgung mit Wlan findet in diesen Unterkünften in der Regel gar nicht statt. Hier geht es also nicht nur um eine Erweiterung und Verstärkung eines vorhandenen Netzes wie in den allermeisten LAF-Unterkünften, sondern darum, überhaupt eine Grundausstattung sicherzustellen.

Technische Ausstattung

Über die Schulverwaltung werden ja nun rd. 9.500 Tablets Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt. Da die Gruppe, die u.U. ein Anrecht auf ein solches Tablet hat, bei rd. 100.000 liegen kann, ist bereits jetzt absehbar, dass die Anzahl nicht ausreichen wird. Zusätzlich fehlt vielen Schülerinnen und Schüler in den Unterkünften der Zugang zu Druckern.

Social Distancing, Qualitätsverbesserung & Mindeststandards

Auch und gerade in Heimen und Hostels stellt sich die Frage, wie Social Distancing umgesetzt werden kann. Dazu kommt oftmals noch eine erschreckende grundsätzliche Qualität der bisherigen Unterkünfte.

Durch den Einbruch des Tourismus besteht eine derzeit **einmalige Gelegenheit, neue Unterkünfte**, Hotels oder Appartements anzumieten. Einerseits könnte damit auch hier eine Entzerrung zu enger Wohnverhältnisse stattfinden, andererseits besteht die Chance, nun Unterbringungskapazitäten nicht nur zu vergrößern, sondern endlich auch in der Qualität auf das notwendige Mindestmaß zu bringen.

Quarantäne

Für die Frage, ob eine Unterkunft ganz oder teilweise unter Quarantäne gestellt wird, sind bezirkliche Amtsärzte zuständig. Gleiches gilt für die Anordnung einer häuslichen Quarantäne. Die Anordnung muss beschieden werden.

Auf die entsprechenden Bescheide sind die Menschen angewiesen, um dies als Nachweis für eine Abwesenheit vom Arbeitsplatz oder auch zur Begründung von Leistungsansprüchen vorlegen zu können. Streng genommen kann ohne einen Bescheid auch gar keine wirksame Quarantäne verhängt werden.

Auch hier bitten wir Sie um dringliche Unterstützung, damit solche Bescheide trotz der erheblichen Arbeitsbelastung der Gesundheitsämter schnell erstellt werden.

Zum anderen ist oft unklar, warum Unterkünfte komplett unter Quarantäne gestellt werden und nicht nur in Teilen. Wir bitten auch hier um entsprechende Unterstützung zu einem stadtweit vereinheitlichten und verantwortungsbewussten Umgang mit solch harten Maßnahmen.

Berlin ist als Stadt insgesamt gefordert, schnelle und möglichst sachorientierte Lösungen zu finden, die sich nicht an Zuständigkeiten alleine orientieren dürfen. Wir wissen um das besondere Engagement und auch die großen Anstrengungen vieler Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter. In vielen Bereichen funktioniert dies durchaus deutlich besser als noch 2015. Insofern haben wir alle aus dieser Zeit gelernt und profitieren heute davon.

Dennoch sehen wir dringenden stadtweiten Handlungs- und Verbesserungsbedarf - nicht nur in Unterkünften vom LAF, sondern auch in bezirklichen Unterkünften und fordern Sie auf, auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, dass die erforderlichen Maßnahmen jetzt schnellst möglichst umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Berlin hilft

KiezBündnis Klausener Platz

Pankow hilft

Schöneberg hilft

Willkommen im Westend

Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf

